

Kurzbericht der Delegation des Bündnisses der Bürgerinitiativen über den Besuch in Brüssel am 27. und 28. Februar 2012 zum Verordnungsentwurf der Europäischen Kommission zu lärmbedingten Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen der Union

Wir haben folgende „Ebenen“ politischer Entscheidungsträger besucht:

- Ständige Vertretung von Deutschland und der Bundesländer Rheinland Pfalz und Hessen
- Spitzenbeamte der EU Kommission MOVE (Verkehr)
- Mitarbeiter der EU Kommission ENVI (Umwelt)
- Vertreter Dänemarks (aktuelle Ratspräsidentschaft)
- Mitglieder aus allen Fraktionen des Europaparlamentes aus dem Bereich Transport und Verkehr und hessische MdEPs
- Berichterstatter und Schattenberichterstatter für das Flughafenpaket (Bodenverkehrsdienste, Slot-Vergabe, Betriebsbeschränkungen) aus Österreich und Deutschland

Wir wurden von allen unseren Gesprächspartnern sehr freundlich und mit offenen Ohren empfangen. Nach den uns gegebenen Informationen waren wir die ersten Fluglärmgegner, die persönlich in Brüssel ihre Anliegen vorgetragen haben und dies wurde sehr positiv aufgenommen.

Der Verordnungsvorschlag der EU Kommission zu lärmbedingten Betriebsbeschränkungen als ein Teil des Airport Packages wurde von unseren Gesprächspartnern durchweg kritisch bis sogar völlig ablehnend gesehen. Selbst Herr Eckard Seebom von der Generaldirektion Verkehr, unter dessen Leitung dieser Vorschlag erstellt wurde, war gegenüber einigen unserer wesentlichen Änderungsvorschlägen sehr aufgeschlossen.

Ebenso gibt es die Meinung, dass dieser Vorschlag dem europäischen Gedanken politischen Schaden zufügen könnte, da er sich für viele Menschen in der EU nachteilig auswirken kann.

Die Diskussion über diesen Vorschlag steht erst ganz am Anfang. Es haben sich noch keine Arbeitsgruppen dazu gebildet. Länger diskutiert wird bereits über den Vorschlag zur Regulierung der Bodenverkehrsdienste. Unser Termin in Brüssel war ideal gewählt, weil wir unsere Kritikpunkte und auch unsere Veränderungsvorschläge am Anfang des Bearbeitungsprozesses einbringen konnten. Es gibt allerdings unter den Gegnern des Vorschlags noch keine einheitliche Strategie, wie man vorgehen sollte. Die Vorstellungen reichen von „das ganze Paket scheitern lassen“ über „das Paket aufschnüren und die

Betriebsbeschränkungen im Bereich Umwelt der Kommission behandeln zu lassen“ bis zu „weitgehende Veränderungen zu erreichen“

Die folgenden Hinweise wurden uns für unsere weitere Arbeit gegeben:

1. Bisher kommen Stellungnahmen zu dem Vorschlag zu den lärmbedingten Betriebsbeschränkungen fast ausschließlich aus Deutschland. Nun ist Deutschland zwar ein wichtiges Land in der EU, aber es ist dringend erforderlich, dass Fluglärmgegner aus anderen europäischen Ländern ihre lokalen EU Parlamentarier mobilisieren.
2. Fluglärmgegner aus der Schweiz oder Norwegen können sich an ihre ständigen Vertretungen in Brüssel wenden.
3. Das Bündnis der Bürgerinitiativen muss in Richtung Bundesregierung (Berlin) mehr Druck machen, um im Vorfeld Einfluss auf die Verhandlungen auf EU-Ebene in Brüssel zu nehmen.
4. Der Kontakt nach Brüssel muss aufrechterhalten werden. Regelmäßig durch Email-Austausch und durch weitere Besuche in Brüssel.

Zusätzlich fanden ein Gespräch mit einer NGO und zwei Pressegespräche (FAZ und HR) statt.

Wir haben unsere Chancen und Möglichkeiten bisher nicht genutzt. Dies muss unbedingt verbessert werden; europaweite Vernetzung ist dringend angesagt.